

## **Erweiterung der Autoabstellfläche auf dem Dornberger „Lausböhl“ durch das bayrische Logistikunternehmen ARS Altmann**

Gespräch zwischen der Bürgerinitiative Lausböhl und dem Logistikkonzern

von Dr. Ulrike Roggendorf, Wolfgang Zwer, Jens Sensfelder, Carsten Ritter und Dr. Matthias Drod

Am 13. Juli fand das, anlässlich der PLUS-Sitzung vom 18. Mai 2016 zugesagte Gespräch zwischen der BI und Vertretern des Logistikunternehmens ARS Altmann, Herr Yorck Hellwig und Herr Dauderer, zum Austausch über aktuellen Probleme sowie den geplanten Ausbau der PKW- Abstellfläche statt. Die Atmosphäre war angenehm und recht konstruktiv, doch konnte sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Ziel des Treffens, nämlich ein Klima des Vertrauens zu schaffen, sich unter den gegebenen Umständen als recht schwierig erweist: Obwohl der Konzern zugesagt hatte, sich um die Behebung der offensichtlichsten Probleme zu kümmern, ist seit Mai nichts geschehen. Allein der in der Landschaft liegende Natodraht wurde weggeräumt.

Der Gegenstand, der alle intensiv beschäftigt, ist die Vernässung des Geländes und die illegale Verrohrung des Herrenfeldgrabens durch ARS Altmann. Obwohl mehrfach diskutiert und in den relevanten Unterlagen vermerkt, waren die Unternehmensvertreter, hinsichtlich dieser Thematik nicht orientiert. Die BI bat an dieser Stelle zum wiederholten Mal um den Nachweis einer Genehmigung bzw. um den Rückbau, zumal sich die Grundwasserproblematik durch eine weitere Versiegelung zuspitzen wird. Wir Anwohner haben bei einer tatsächlichen Verschlechterung wenig Chancen, die Ursachen nach- und zuzuweisen. Herr Hellwig bot daher der BI an, dass an einem weiteren Gespräch das von der Firma Altmann beauftragte Ingenieurbüro teilnehmen könnte.

Auch müssen die Anlieger Lärm- und Feinstaubemissionen weiter hinnehmen, denn hier gibt es nach Aussage des Unternehmens keine Möglichkeit, diese zu verringern. Es wurde jedoch erwogen, durch eine Veränderung der Anfahrestrecke die Belästigungen zu reduzieren. Selbstverständlich muss bei solchen Überlegungen die Stadt angesprochen werden.

Beim Thema „Parken der Transporter und der PKWs der Mitarbeiter im absoluten Halteverbot“, wodurch für alle Verkehrsteilnehmer gefährliche Situationen geschaffen werden, verwies der Unternehmenssprecher auf die Zuständigkeit der Verwaltung. Die unwürdigen hygienischen Verhältnisse, unter denen die Fahrer, die am Straßenrand in ihren LKWs übernachten, leben müssen, sind auch für uns Anwohner unerträglich. Es wurde zudem beobachtet, dass auf die angrenzenden Grundstücke nicht nur einfacher Müll, sondern der Inhalt von chemischen Toiletten entsorgt wird. Die Firma Altmann stellt bereits jetzt Toiletten zur Verfügung. Sie kann aber die Fahrer zu deren Nutzung nicht verpflichten.

Hier wurde von der BI der Vorschlag unterbreitet, sich an die Stadt zu wenden, um die leerstehenden Industrieflächen in der Odenwaldstraße als Übernachtungsstellplatz zu nutzen. Diese Frage wurde von Unternehmensseite bereits an die Stadtverwaltung herangetragen, jedoch habe man noch keine Antwort erhalten. Hier sei mehr Eigeninitiative gefragt, so die BI in dem Gespräch.

Bei allen Problemen, die die Transporter und das Verhalten ihrer Fahrer betreffen, muss festgestellt werden, dass das Unternehmen, wenn überhaupt, nur für die eigenen Fahrzeuge und die eigenen Fahrer verantwortlich ist. Die Anwohner müssen dies akzeptieren.

Hinsichtlich der Lichtemission der bestehenden Anlage wurde von den Unternehmenssprechern das Angebot gemacht, mit den betroffenen Anwohnern

Kontakt aufzunehmen und so zu versuchen, die Situation zu entschärfen. An den Einsatz moderner Technologien wie Wärmebildkameras habe man bisher nicht gedacht.

Es wurde von beiden Seiten festgestellt, dass alle angesprochenen Probleme mit der Erweiterung des Stellplatzes nicht besser werden würden.

Hinsichtlich der kritischen Wasserproblematik wurden die Widersprüche in den bereits erstellten Unterlagen bezüglich der Sickermulden nicht aufgelöst. Die Alternative, anstatt noch mehr Boden zu versiegeln, das existierende Parkhaus auszubauen, wurde, da dies zu teuer sei, abgelehnt.

Ein wesentliches Problem ist die Berechnung des Lärmpegels. Dieser müsste additiv berechnet und in dieser Form in den Gutachten Beachtung finden, denn nur auf diese Art reflektiert die Berechnung die Realität. Hierzu existiert ein Schreiben des RPs in Darmstadt vom 31.10.2011, in welchem genau dies formuliert wird: *„Als Bestandteil der Umweltprüfung ist deshalb ein Schallgutachten eines Sachverständigen zu fordern. Nachzuweisen ist dort, dass das Vorhaben zusammen mit den anderen gewerblichen Schallquellen die in der Nachbarschaft des Betriebes - z.B. an der Wohnbebauung am Wagenweg und die Jakob-Hess-Straße - zulässigen Geräuschmissionen nicht überschreitet.“* In den vorliegenden Expertisen wurde darauf jedoch nicht eingegangen!

Am Ende des freundlichen, offenen Gespräches kristallisierten sich zwei wesentliche Aussagen des Unternehmens: Die Zeitspanne, die für die Nutzung des erweiterten Stellplatzes angenommen wird, beträgt lediglich fünf Jahre! Das Unternehmen möchte damit akute Spitzen abfangen. Dies tut wirklich weh! Für geschätzte fünf Jahre Nutzung wird ein ganzes Gebiet zerstört. Wir alle, die hier zum Teil seit vier Generationen leben, haben uns mit unserer Entscheidung für den „Standort Lausböhl“ länger verpflichtet.

Das Unternehmen ist sich im Klaren darüber, dass die Stadt die Gestaltungshoheit hat. Die Stadtverordneten müssen entscheiden, ob sie dem Bebauungsplan zustimmen und ihre Entscheidung ist bindend! Sie tragen die Verantwortung für die Zukunft des Lausböhls!

---

1 Siehe AZ III. 31.2-6d02/01-86: Bernd Lange-Vaaßen, S.3